

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

diese Sitzungswoche war mehr als ereignisreich. Wir haben ein neues Wahlrecht, das endlich für gerechtere Verhältnisse sorgt und einer Demokratie angemessen ist. Die Wählerinnen und Wähler bekommen nun auch das Ergebnis, das sie gewählt haben.

Die Koalition schacherte auch in dieser Woche ganz unverhohlen über ihre Konfliktthemen Praxisgebühr, Betreuungsgeld, Energiewende – Thomas Oppermann bezeichnet das Koalitionstreffen am 4. November denn auch folgerichtig als Kuhhandelkonferenz im Kanzleramt. Im Plenum schrecken die Koalitionäre bei diesen Themen auch vor parlamentarischen Trickereien nicht zurück, etwa Abstimmungen bei der Praxisgebühr zu verhindern. Die SPD-Fraktion wird aber nicht lockerlassen.

Genauso werden wir bei den Nebeneinkünften darauf beharren, eine gesetzliche Lösung zu finden, die alle Nebenverdienste auf Euro und Cent offenlegt. Schwarz-Gelb hat das vorerst verhindert – das aber ist nicht der letzte Akt.

Der ist auch im Fall des umstrittenen Anrufs von Ex-CSU-Sprecher Strepp beim ZDF noch nicht gesprochen. Man muss kein Politologe sein, um zu wissen, dass ein Sprecher solch einen Anruf kaum tätigt, ohne eine Anweisung mindestens aber Absegnung durch seine Vorgesetzten – Dobrindt und Seehofer. Das ist keine Causa Strepp, das ist eine Causa Seehofer. Der Fall zeigt einmal mehr das verfassungswidrige Verständnis von Pressefreiheit bei den Christsozialen. Nichts hat sich dort seit Strauß geändert. Sowohl im Land wie im Bund werden die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Aufklärung sorgen. Der Vorfall lässt aber eines sehr deutlich werden: Die CSU hat verdammt große Angst vor Christian Ude.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 26.10.2012 12.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	Europäisches Industrieforum der SPD-Fraktion	07	Alleinerziehende besser unterstützen
03	Neues Wahlrecht	09	Migranten in den Arbeitsmarkt integrieren
03	Nebeneinkünfte	09	Potenziale von WLAN-Netzen nutzen
04	Minderjährige im Aufenthalts- und Asylverfahren altersgerecht behandeln	10	Anti-D Hilfestellung überarbeiten
04	Koalitionskuhhandel 1. Streich: Praxisgebühr	10	Hafendienste nicht liberalisieren
05	Koalitionskuhhandel 2. Streich: Betreuungsgeld	11	Maut-Konzept weiterentwickeln
06	Frauenquote in Aufsichtsräten einführen	11	Gesamtstrategie für Pakistan entwerfen
		12	Veranstaltung: Demografischen Wandel gemeinsam gestalten

WIRTSCHAFT

Großes Interesse am Europäischen Industrieforum der SPD-Fraktion

Auf Einladung von Frank-Walter Steinmeier sind 150 hochrangige Entscheiderinnen und Entscheider von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik aus Deutschland und Europa nach Berlin gekommen, um sich über eine zukunftsfähige Industriepolitik auszutauschen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte schon im Frühjahr 2010 die Konsequenz aus der politischen Fehldiagnose der Bundesregierung über die Ursachen der Eurokrise gezogen und einen Kurswechsel gefordert: nicht die Belastung der Steuerzahler für die Rettung von Banken, sondern die Besteuerung der Finanzmärkte als Verursacher der Krise. Nicht Kürzungen allein, und keine Kürzungen ausgerechnet in den Investitionshaushalten, die Zukunft schaffen, sondern höhere Investitionen in die Zukunft, damit die Wirtschaft wieder wachsen und Europa gesunden kann.

Strukturreformen der Verwaltungen und der Arbeitsmärkte, aber gepaart und gekoppelt mit neuen Investitionsimpulsen, damit keine rezessive Abwärtsspirale, sondern eine dynamische Aufwärtsbewegung entsteht. Nichts anderes hat Deutschland in den letzten zehn Jahren getan, um aus einer Phase wirtschaftlicher Schwäche herauszukommen. Ein umfassendes Konzept aus fiskalischer Konsolidierung, neuem Wachstum und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist jetzt auch in Europa das Gebot der Stunde.

Weichenstellung Richtung Realwirtschaft

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass Länder mit starken Industrien besser durch den Wirtschaftseinbruch gekommen sind als solche, die einseitig auf Finanzdienstleistungen gesetzt haben. Im Frühjahr 2012 hat Frank-Walter Steinmeier deshalb seinen Plan „Gemeinsam stärker“, mit der Strategie einer industriellen Erneuerung Europas vorgelegt: Die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer soll mit einer Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft verbunden werden, höheren Investitionen in technologische Innovationen, Verbundstärken und Infrastrukturen der europäischen Industrie.

Zahlreiche Vertreter von Unternehmen und Gewerkschaften haben auf diese Initiative reagiert. Außerdem konnte die SPD wesentliche Forderungen dieses Plans in den Verhandlungen über den Fiskalpakt mit der Bundesregierung durchsetzen. Im Juni beschloss der Europäische Rat die Besteuerung der Finanzmärkte und den Wachstums- und Beschäftigungspakt. Eine neue Industriestrategie für Europa

Mit dem ersten Europäischen Industrieforum in Berlin will die SPD-Bundestagsfraktion die Umsetzung einer neuen Industriestrategie für Europa voranbringen. Frank-Walter Steinmeier und die Vorsitzenden von IG Metall, IG BCE sowie dem europäischen und dem internationalen Dachverband der Industriegewerkschaften, Berthold Huber und Michael Vassiliadis, haben dazu ein Memorandum für eine „Allianz zur industriellen Erneuerung Europas“ vorgelegt.

Zum Europäischen Industrieforum sind 150 hochrangige Entscheider von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik aus Deutschland und Europa gekommen. WTO-Generaldirektor Pascal Lamy (Rede), Louis Gallois, Dieter Zetsche von Daimler, Michael Süß von Siemens, Thomas Enders von EADS, Gérard Mestrallet vom größten französischen Energieversorger GDF Suez, Berthold Huber, Frank Bsirske und viele andere diskutierten mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Moscovici, dem SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück und mit SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, wie Europa mit neuer Stärke aus der Krise kommt und sein Modell nachhaltigen Wohlstands global behaupten kann.

Es gehe, so Steinmeier, um eine Vergewisserung über den Weg zu wirtschaftlichem Erfolg. „Wir brauchen eine stärkere Koordinierung in Europa,“ sagte Peer Steinbrück. „Europas Wohlstand ist davon abhängig.“

INNERES

Neues Wahlrecht

Die Bundestagsfraktionen haben sich am Mittwoch auf die Eckpunkte für ein neues Wahlrecht verständigt. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann erklärt dazu:

„Das neue Wahlrecht ist fair, gleich und demokratisch. Wir haben beschlossen, dass bei der nächsten Wahl Überhangmandate durch Ausgleichsmandate neutralisiert werden. Damit lösen wir das zentrale Versprechen der Demokratie ein: Das gleiche Wahlrecht für alle. Jetzt bestimmen wieder die Wählerinnen und Wähler, wie der Bundestag zusammengesetzt ist, und nicht länger ein verfassungswidriges Wahlrecht.“

Nebeneinkünfte

Am Donnerstag hat die Koalition in der Rechtsstellungskommission des Bundestages ihr Modell zur Veröffentlichung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten gegen die Stimmen der Opposition durchgesetzt. SPD-Verhandlungsführer Thomas Oppermann sagt:

„In der Sitzung der Rechtsstellungskommission hat die Koalition ihr Modell gegen die Stimmen der Opposition durchgesetzt. Die SPD will weiterhin eine Veröffentlichung der Nebeneinkünfte nach Euro und Cent. Die Koalition hat eine erweiterte Stufenregelung präsentiert. Sie hat sich bewegt, ist aber immer noch nicht bereit, echte Transparenz herzustellen.“

Ich bin sicher: Dies ist noch nicht das letzte Wort. Wir werden die weiteren Gespräche in der Kommission nutzen, um noch mehr Transparenz zu erreichen.“

Minderjährige im Aufenthalts- und Asylverfahren altersgerecht behandeln

Die Bundesregierung hat 2010 ihre Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen. Dabei geht es um die Einreise und den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern. Nun muss die Gesetzeslage an die Konvention angepasst werden.

Die Asylbewerberzahlen und –umstände werden in der Öffentlichkeit teils hitzig diskutiert. Das Wohl der Asylbewerberkinder scheint dabei keine Rolle zu spielen.

Die Rücknahme des Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention ist ein wichtiger Schritt für die Kinderrechte in Deutschland. Doch allein damit ist der Weg zu einer angemessenen Behandlung ausländischer Kinder in Deutschland noch nicht vollendet. Vielmehr stellt sich nun die Aufgabe, Regelungen, die im Widerspruch zur Kinderrechtskonvention stehen, zu ändern. Daneben gilt es, mehrere Änderungen vorzunehmen, die nicht durch die Kinderrechtskonvention zwingend vorgegeben, gleichwohl aber für einen sachgerechten Umgang mit den besonderen Bedürfnissen von Kindern sachlich geboten sind.

Ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion mit dem Titel „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Situation Minderjähriger im Aufenthalts- und Asylverfahrensrecht“ (Drs. 17/9187) sieht nun vor, dass Minderjährige im Aufenthalts- und Asylverfahren ihrem Alter angemessen behandelt werden. Jugendliche können erst mit 18 Jahren ein aufenthalts- und asylrechtliches Verfahren durchlaufen. Vorher wird ihnen ein gesetzlicher Vertreter zur Seite gestellt.

Unter Obhut des Jugendamtes

Das Flughafenverfahren wird bei unbegleiteten Minderjährigen durch ein Clearingverfahren ersetzt. Sie können somit nicht mehr an der Grenze zurückgewiesen werden. 16- und 17-Jährige müssen nicht mehr in Aufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften wohnen. Sie stehen unter Obhut des Jugendamtes. Das Jugendamt wird zudem in die Altersfestsetzung eingebunden.

Im Aufenthalts- und im Asylverfahrensgesetz wird klargestellt, dass bei der Rechtsanwendung das Wohl des Kindes ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt ist.

KOALITION

Koalitionskuhhandel 1. Streich: Praxisgebühr

Den Versuch von Union und FDP, die Debatte über die Abschaffung der Praxisgebühr von der Tagessordnung zu streichen, haben die Fraktionen von SPD, Grünen und die Linke durch die Einbringung neuer Anträge durchkreuzt. In der Debatte am Donnerstag wurde die Unsinnigkeit des Kuhhandels, den Schwarz-Gelb am 4. November besiegeln will, heftig angegriffen.

Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Lauterbach, warf der Bundesregierung vor, „die unsinnige Praxisgebühr durch das noch unsinnigere Betreuungsgeld“ quasi zu ersetzen. Das bedeute, es würde „Murks gegen Murks“ getauscht. Die Praxisgebühr habe Alten und Kranken geschadet. Sie werde nun abgeschafft, damit das Betreuungsgeld, das den Kindern schade, eingeführt werden könne. Das bringe nichts für unser Land. Die FDP sei sowohl gegen die Praxisgebühr als auch gegen das Betreuungsgeld. Doch es werde ein Kuhhandel vorbereitet, der allen Beteiligten schade und zum Politikverdruss beitrage. Das sei der „Tiefpunkt des Regierungshandwerks von Schwarz-Gelb“, sagte Lauterbach.

Der SPD-Antrag: Abschaffung der Praxisgebühr ohne Kuhhandel

Die Praxisgebühr, die Seehofer erfunden habe, als er in einem „Zuzahlungsrausch“ für jeden Arztbesuch Gebühren kassieren wollte, sei ein Kompromiss, mit dem die SPD Schlimmeres verhindert habe. Doch die Praxisgebühr habe die Arztbesuche nicht gesenkt. Sie bedeute mehr Bürokratie in den Praxen und diskriminiere Alte und Kranke, die bei vollen Kassen der Krankenversicherungen ein „Sonderopfer“ zu erbringen hätten. Deshalb müsse die Praxisgebühr gestrichen werden. Der SPD-Antrag sei ein faires Angebot an die FDP, weil er nur die Abschaffung der Praxisgebühr enthalte. Damit sei es möglich, „ohne Kuhhandel“ die Praxisgebühr abzuschaffen.

Schwarz-Gelb fehlt der Konsens in der Sozialpolitik

Die 20 Milliarden Euro Überschüsse bei den Krankenkassen und beim Gesundheitsfonds, seien zustande gekommen, weil Schwarz-Gelb nicht rechnen könne und die Beiträge erhöht habe, stellte Edgar Franke fest, Gesundheitspolitiker der SPD-Fraktion. Damit sei den Versicherten Geld vorenthalten worden. Es sei nicht klar, was die Regierung jetzt wolle: „die Praxisgebühr abschaffen? Beiträge senken? ... Der Geburtshelfer und CSU-Chef will die Beibehaltung. Herr Singhammer findet sie berechtigt, Söder will sie abschaffen, und Frau Hasselfeld will ihre Senkung. Und die FDP brauche noch Beratungsbedarf, und die Kanzlerin ist ein bisschen dagegen.“ Der Streit um die Praxisgebühr zeige die Zerrissenheit der Koalition. Es gebe bei ihr keinen Konsens in der Sozialpolitik.

Lotsefunktion für Hausärzte anstatt Praxisgebühr

Die Praxisgebühr würde nur zusätzliche Kosten für die Versicherten bringen, aber nicht mehr Qualität, sagte Steffen-Claudio Lemme. Viele Geringverdiener würden wegen der Kosten Arztbesuche vermeiden. Die Praxisgebühr müsse abgeschafft werden und den Hausärzten die Lotsenfunktion zugestanden werden, dies hätte die Praxisgebühr nicht erreicht.

Im Übrigen gestattete Karl Lauterbach mit Verweis auf die CSU-Einmischung in die Programmplanung des ZDF dem Sender die Übertragung seines Redebeitrags.

Koalitionskuhhandel 2. Streich: Betreuungsgeld

In einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde setzte sich der Bundestag erneut mit dem unsinnigen Vorhaben auseinander, ein Betreuungsgeld für die Eltern zu zahlen, die ihre Kinder nicht in einer öffentlich finanzierten Kita betreuen lassen. Anlass dafür war eine Aussage des FDP-Chefs Philipp Rösler, mit der er das Betreuungsgeld in Misskredit brachte. Mittlerweile hat zwar FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle klar gemacht, dass die FDP zu den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag stehe, was heißen soll: Das Betreuungsgeld kommt. Und dafür bekommt die FDP dann wohl die Abschaffung der Praxisgebühr. Das ist nichts weiter als ein Kuhhandel. Die Debatte machte deutlich, das Betreuungsgeld ist bildungs- und gleichstellungspolitisch falsch.

Betreuungsgeld muss vom Tisch

„Das Betreuungsgeld kostet viel Geld, ist nicht gegenfinanziert, und eine Bildungskomponente fehlt völlig“, mit dem aktuellen Rösler-Zitat begann Frank-Walter Steinmeier seine Rede. „Hier hat er Recht“, sagte der SPD-Fraktionschef. Die FDP begreife jetzt, „was Opposition, was Wissenschaftler, Verfassungsjuristen, Kinderschutzbund, Migrantenverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeber, evangelische Kirche und vor allem die große Mehrheit der Bevölkerung schon seit langem weiß: Das Betreuungsgeld ist Geldverschwendung, setzt die falschen Anreize und taugt nichts. Es muss vom Tisch“, forderte Steinmeier. Wenn die Koalition davon überzeugt wäre, dass es das Richtige ist, dann würde sie es umsetzen. Doch die Verständnislosigkeit in den eigenen Reihen der Koalition würde von Monat zu Monat wachsen. Schwarz-Gelb lasse die

Dinge treiben und hoffe auf die Ermüdung der Öffentlichkeit. Das werde die SPD-Fraktion nicht durchgehen lassen.

Betreuungsgeld ist eine bildungspolitische Katastrophe

„Sie können im Koalitionsausschuss nächste Woche irgendeinen krummen Kompromiss zurecht zimmern, einen Kompromiss, den der Finanzminister am Ende bezahlt und der Ihnen in der Koalition über die nächsten vier Wochen hilft“, sagte Steinmeier. Doch es bleibe dabei, das Betreuungsgeld „ist eine bildungspolitische Katastrophe“. Es sorge als Prämie dafür, dass gerade die Kinder zu Hause blieben, die erst durch eine Betreuung in öffentlichen Einrichtungen eine Chance bekämen. Das sei unverantwortlich und auch ökonomisch falsch, denn es würde auch die Erwerbstätigkeit von gut ausgebildeten Frauen, die die Wirtschaft brauche, behindern. Steinmeier verwies auch auf die Botschaft der Kommunen. Sie laute: „Hört damit auf, Geld auszugeben, damit Kinder zu Hause bleiben. Jeder Euro, jeder Cent, der für diesen Unsinn verschleudert wird, der wird für den Kita-Ausbau dringend gebraucht!“ Schwarz-Gelb sei nicht „dem Koalitionsfrieden verpflichtet, sondern dem Wohl der Familien und der Zukunft der Kinder“. Deshalb müsse das Betreuungsgeld vom Tisch, forderte Steinmeier.

Betreuungsgeld bedeute Kahlschlag in der Familienpolitik

Caren Marks, familienpolitische Sprecherin der Fraktion, äußerte ihr Befremden darüber, dass Philipp Rösler das Betreuungsgeld erst jetzt unter einen Finanzierungsvorbehalt stelle. Damit könnte die FDP es scheitern lassen. „Warum hat die FDP darauf nicht von Anfang an bestanden“, fragte Marks. Doch die Union lehne ein Finanzierungskonzept ab. Sie befürchte, dass es zur Finanzierung des Betreuungsgeldes herbe Einschnitte für Familien, Kinder und Jugendliche gebe. Hier würden „Kosten für ein bayerisches Wahlgewinn dem Bund aufs Auge gedrückt“. Zudem bezeichnete Marks die immer wieder neuen Vorschläge zum Betreuungsgeld als absurd.

Das Betreuungsgeld solle den Bedarf an Kita-Plätzen abgraben, warf der SPD-Haushaltspolitiker Rolf Schwanitz der Regierung vor. Auch er befürchte einen Kahlschlag in der Familienpolitik, um im Jahre 2013 300 Millionen und 2015 1,2 Milliarden für das Betreuungsgeld zu finanzieren.

Fehlkonstruktion soll über fehlende Betreuungsplätze in Bayern hinweg täuschen

Die bayerische SPD-Abgeordnete Marianne Schieder sagte, die CSU wolle sich nur darüber hinweg retten, dass mit dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung im August 2013 die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fehlen würden.

GLEICHSTELLUNG

Frauenquote in Aufsichtsräten einführen: SPD und Grüne bringen gemeinsam Gesetzentwurf ein

2013 ist das „Superwahljahr“ für Aufsichtsräte. Viele Posten werden neu besetzt. In den DAX-30-Konzernen werden rund 80 Aufsichtsratsmitglieder von den Hauptversammlungen neu bestellt. Außerdem stehen auch in zahlreichen M-DAX, S-DAX und Tec-DAX-Unternehmen Neuwahlen an. Deshalb wollen SPD und Grüne im Bundestag ein Zeichen für die Einführung einer Frauenquote in Führungsetagen setzen. Dazu haben sie den Hamburger Gesetzentwurf, den der Bundesrat mit den Stimmen der CDU-regierten Länder Saarland und Sachsen-Anhalt beschlossen hat, in den Bundestag eingebracht.

In den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen sind nur ein Zehntel Frauen vertreten. Das widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz, der im Grundgesetz seit mehr als 60 Jahren verankert

ist. Der Ausbildungsstand von Frauen im Vergleich zu dem der Männer in den für die Führung relevanten Bereichen rechtfertigt dieses Ungleichgewicht nicht. Die Mehrheit der Führungskräfte hat eine juristische oder wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung. Hier liegt der Anteil weiblicher Absolventinnen über dem männlicher Absolventen. Deshalb muss davon ausgegangen werden, dass traditionelle Denk- und Verhaltensmuster einen höheren Anteil weiblicher Führungskräfte verhindern.

Es wird Zeit, dass die Führungsetagen in Deutschland weiblicher werden. Der Versuch, das über eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft zu erreichen, war nicht erfolgreich. Die schwarz-gelbe Koalition ist uneins wie in so vielen Fragen. Während Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) durchaus für eine Quote ist, hat Frauenministerin Schröder (CDU) die Flexiquote erdacht, die ebenfalls auf Freiwilligkeit der Wirtschaft setzt und somit ein weiterer zahloser Tiger wäre. Auch eine Reihe von Unions-Frauen ist für die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote; sie hatten dazu auch eine Unterredung mit dem Unions-Fraktionschef Volker Kauder. Die FDP lehnt die Frauenquote als Einschränkung der Wirtschaft ab. Im September hat der Gesetzentwurf aus Hamburg die Mehrheit im Bundesrat für eine Frauenquote in Aufsichtsräten mit den Stimmen aus den CDU-regierten Ländern Saarland und Sachsen-Anhalt erzielt. Das war eine erste wichtige Etappe.

40 Prozent Frauen in die Aufsichtsräte der Unternehmen

Die Fraktionen von SPD und Grünen übernehmen den Gesetzentwurf aus Hamburg und bringen ihn in den Bundestag ein. Er sieht die Einführung einer gesetzlichen Mindestquote für die Besetzung von Aufsichtsräten mit Frauen und Männern vor. Lange Übergangsfristen und eine zweistufige Einführung von zunächst 20 Prozent und 40 Prozent in der Endstufe gewährleisten eine breite Akzeptanz durch die betroffenen Unternehmen. In einem Zeitraum von elf Jahren können sie weibliche Führungskräfte rekrutieren und vorbereiten. Bis 2018 sollen mindestens 20 Prozent der Aufsichtsratsmandate mit Frauen besetzt sein, und zwar auf Arbeitnehmer wie auf Arbeitgeberseite. Bis 2023 soll ihr Anteil 40 Prozent erreichen. Nur wenn ein Unternehmen nachweist, dass keine geeignete Frau zur Verfügung steht, kann von der Quote abgewichen werden. Ansonsten greifen Sanktionen, die vergleichsweise milde sind. So sollen Aufsichtsratsvergütungen bei der Körperschaftsteuer nicht mehr steuermindernd geltend gemacht werden. Darüber hinaus gewährleisten Berichte, dass die Öffentlichkeit die Entwicklungen verfolgen kann.

SPD und Grüne haben in ihren bisherigen Initiativen eine schnellere Einführung, eine höhere Quote sowie stärkere Sanktionsmöglichkeiten angestrebt. Das tun sie auch weiterhin. Doch der eingebrachte Hamburger Gesetzentwurf stellt einen Kompromiss dar, der geeignet ist, einen breiten Konsens in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft herzustellen. Nun können alle Mitglieder des Deutschen Bundestages, die sich auch in den Koalitionsreihen positiv zur Frauenquote geäußert haben, einen ersten minimalen Schritt gehen. Sie müssen nur den Mut haben, Farbe für die Frauen zu bekennen. Und zwar so wie sie es bei der Berliner Erklärung, die viele Frauen aus der Union sowie ihnen nahstehende Unternehmerinnen unterzeichnet haben, gemacht haben. Es ist wichtig, endlich einen Anfang bei der Einführung einer Frauenquote zu machen.

FAMILIE

Alleinerziehende besser unterstützen

Von den 8,2 Millionen Familien mit Kindern in Deutschland war 2009 laut Mikrozensus fast jede fünfte Familie (19 Prozent) eine Familie mit nur einem Elternteil. Also mit einer alleinerziehenden Mutter oder einem alleinerziehendem Vater. Insgesamt gab es 1,6 Millionen Alleinerziehende. Der Anteil der Alleinerziehenden ist mit 27 Prozent in Ostdeutschland deutlich

höher als in Westdeutschland mit 17 Prozent. 2,2 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre leben in alleinerziehenden Haushalten. 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen.

Alleinerziehende sind in besonderer Weise auf die Unterstützung von Staat und Gesellschaft angewiesen. Um ihre Lebenssituation zu verbessern und ihren Kindern Chancengleichheit zu ermöglichen, bedarf es der richtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere alleinerziehende Frauen haben mit Diskriminierung am Arbeitsmarkt und mit der mangelhaften Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu kämpfen. Es ist falsch, alle Alleinerziehenden und ihre Kinder als soziale Problemgruppe wahrzunehmen. Sie leisten täglich mehr als andere, um ihren Alltag zu organisieren. So müssen sie bei höherer Erwerbsarbeitszeit im Vergleich zu Paarhaushalten die Anforderungen an Hausarbeit und Kinderbetreuung ohne Hilfe eines Partners bewältigen.

37 Prozent der alleinerziehenden Mütter sind vollzeiterwerbstätig. Dazu muss die Kinderbetreuung sichergestellt sein. Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom März 2012 belegt, dass ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen 110.000 Alleinerziehende in Arbeit bringen könnte. Damit wären 175.000 Kinder finanziell besser gestellt, und sie hätten bessere Bildungschancen.

Ein ganzes Maßnahmenbündel ist notwendig, das sich an den Wünschen, Bedürfnissen und zeitlichen Ressourcen von Alleinerziehenden orientiert. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Alleinerziehende besser unterstützen“ (Drs. 17/11032) in den Bundestag eingebracht, der am 26. Oktober 2012 im Parlament beraten wurde.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, Alleinerziehenden einen besseren Zugang zu sozialer Infrastruktur zu ermöglichen. Dazu gehört vor allem die Kinderbetreuung. Zudem brauchen Alleinerziehende neue Arbeitszeitmodelle, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Ein Rechtsanspruch auf Teilzeitausbildung und das Nachholen eines Schulabschlusses sowie die Beratung über Qualifikationsbedarf sollen gesichert werden. Ehe- und familienbezogene Leistungen sollen auf Ungleichbehandlung von Alleinerziehenden überprüft werden.

Des Weiteren hat die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag „Neue Strategien für eine bessere Förderung von Alleinerziehenden in der Grundsicherung“ (Drs. 17/11038) eingebracht.

Alleinerziehende in der Grundsicherung besser fördern

Immer noch sind Alleinerziehende, insbesondere Frauen, wesentlich öfter auf Arbeitslosengeld II angewiesen (41 Prozent) als Familien mit beiden Elternteilen (acht Prozent), obwohl Alleinerziehende Frauen häufiger erwerbstätig sind als Mütter mit Partner. Das trifft vor allem auf Vollzeiterwerbstätigkeit zu.

Ein Viertel der Alleinerziehenden versorgt Kinder unter drei Jahren. Ihnen ist laut Sozialgesetzbuch Erwerbsarbeit nicht zuzumuten. Im Dezember 2011 waren es knapp 90.000 Alleinerziehende. Ein weiteres Viertel hat Kinder im Alter zwischen drei und sieben Jahren. Ein Drittel der Alleinerziehenden besteht aus sogenannten „Aufstockerinnen“, die trotz Erwerbsarbeit Arbeitslosengeld II beziehen und arbeitsmarktpolitisch wenig Förderung erfahren.

Ein großes Problem für die Alleinerziehenden ist neben der mangelnden Akzeptanz durch die Arbeitgeber unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Sie brauchen häufig aufgrund ihrer Berufsfelder (Einzelhandel, Fertigungsberufe oder Reinigungspersonal) flexible Betreuungsstrukturen – die es nur selten gibt.

Alleinerziehende werden deutlich weniger bei Beschäftigung schaffenden Maßnahmen und beschäftigungsbegleitenden Maßnahmen berücksichtigt. Auch bei den Maßnahmen zur

Förderung der Berufsausbildung liegt erheblich unter ihrem Anteil an den Arbeitslosen dieser Altersgruppe. Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben sich kaum verbessert.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, Frauen dabei zu unterstützen, den Bezug von Arbeitslosengeld II schneller verlassen zu können. Dazu ist die Gleichstellungspolitik besser in der Bundesagentur für Arbeit zu verankern. Maßnahmen der Arbeitsagentur sollen auch in Teilzeit angeboten werden. Darüber hinaus sollen Alleinerziehende einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung während der ersten drei Lebensjahre ihres Kindes erhalten. Zudem soll ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder, die älter als drei Jahre oder Schulkinder sind, gelten. Neue Partner von Alleinerziehenden sollen erst nach einem Jahr Teil der Bedarfsgemeinschaft werden. Zudem fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Einführung eines gesetzlichen und flächendeckenden Minidestlohns von 8,50 Euro pro Stunde, um die Zahl der Aufstockerinnen zu verringern.

ARBEIT

Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt integrieren

Menschen mit Migrationshintergrund haben nach wie vor nicht die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt wie Menschen ohne Migrationshintergrund. In einem Antrag fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, Diskriminierung mit gesetzlichen Regelungen vorzubeugen. Anonyme Bewerbungsverfahren sind einzuführen. Unternehmen und öffentlicher Dienst müssen sich verpflichten, den Anteil Beschäftigter mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Ausländische Berufsabschlüsse müssen anerkannt werden. Arbeitsmarktpolitische Instrumente sind besser auf Menschen mit Migrationshintergrund auszurichten. Ein gesondertes Arbeitsmarktprogramm „Perspektive MigraPlus“ ist vonnöten. Unternehmen sind dafür zu gewinnen, junge Menschen mit Migrationshintergrund auszubilden. Zudem ist die berufliche Deutschförderung auszubauen.

NETZPOLITIK

Potenziale von WLAN-Netzen nutzen

Blogeintrag von Lars Klingbeil

Der Deutsche Bundestag hat einen Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 17/11145) für mehr Rechtssicherheit für Betreiber von WLAN-Netzen beraten. Auf Initiative von Berlin und Hamburg hat der Bundesrat am 12. Oktober 2012 die Bundesregierung einstimmig aufgefordert, Lösungen zu finden, wie das Potenzial von öffentlichen WLAN-Netzen stärker nutzbar und das Haftungsrisiko für WLAN-Betreiber beschränkt werden kann.

Mit unserem Antrag möchten wir die Initiative der beiden Stadtstaaten und des Bundesrates unterstützen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert mit diesem Antrag die Bundesregierung auf, dieses Anliegen schnellstmöglich aufzugreifen und umzusetzen. Es ist nicht hinnehmbar, dass das Potenzial von WLAN-Netzen im öffentlichen Raum für Kreativität und gesellschaftliche Teilhabe aufgrund der bestehenden Haftungsrisiken brachliegt. Drahtlose lokale Netzwerke sind ein wichtiger Bestandteil der digitalen Infrastruktur und können – insbesondere in Städten und Ballungsräumen aber auch in öffentlichen Räumen – einen Zugang zum Internet ermöglichen. Es muss eine Selbstverständlichkeit werden, dass in öffentlichen Einrichtungen wie Ämtern, Bibliotheken, Universitäten oder Schulen ein öffentlicher Zugang zum Netz möglich ist. Auch die Potenziale von privaten WLAN-Netzen liegen brach, weil Privatpersonen, Haus- und

Wohngemeinschaften, Familien, Nachbarschaftsinitiativen aufgrund der derzeitigen Rechtsprechung daran gehindert sind, ihre Internetzugänge mit anderen zu teilen.

GESUNDHEIT

Anti-D Hilfesgesetz überarbeiten – Betroffene Frauen unterstützen

Rund 4700 Frauen wurden zwischen August 1978 und März 1979 in der DDR im Rahmen einer Anti-D-Immunglobulinen-Behandlung mit dem Hepatitis-C-Virus infiziert. Die damals in der DDR vorgeschriebene Behandlung von Frauen mit negativem Rhesusfaktor sollte bei Geburten eine Schädigung des Nachwuchses durch eine mögliche Rhesusfaktor-Unverträglichkeit verhindern.

Die Verabreichung kontaminierter Antikörperpräparate erfolgte mit Wissen des Herstellers, wofür die Verantwortlichen auch verurteilt wurden. Die schweren Infektionen dieser Frauen sind ein besonders beklagenswertes Beispiel begangenen DDR-Unrechts, auch weil die Betroffenen zu Zeiten der DDR nicht entschädigt wurden.

Die Frauen können seit dem Jahr 2000 Hilfe, Unterstützung und Renten nach dem Anti-D-Hilfesgesetz (AntiDHG) erhalten. Voraussetzung dafür ist der Nachweis, dass die geltend gemachten Gesundheitsschäden auf die Infektion zurückzuführen sind. Das für diesen Nachweis erforderliche Begutachtungsverfahren ist von den Betroffenen wiederholt kritisiert worden. Grundlage für die Begutachtung ist die Versorgungsmedizinverordnung. Sie sei nach Auffassung der Betroffenen im Hinblick auf mögliche Schädigungen außerhalb der Leber (extrahepatisch) überarbeitungsbedürftig und werde zudem in den Bundesländern nicht einheitlich angewandt.

Der Antrag „Betroffenen Frauen nach dem Anti-D-Hilfesgesetz zu mehr Verfahrenssicherheit und Transparenz verhelfen“ (Drs. 17/10645) der SPD-Fraktion fordert die Überprüfung der Verordnung, die Sicherstellung ihrer einheitlichen Anwendung in den Bundesländern und regelmäßige Berichterstattung über die Evaluierung des Gesetzes.

VERKEHR

Hafendienste nicht liberalisieren

Die Europäische Kommission will die Hafendienste liberalisieren. Das würde jedoch nicht zu mehr Qualität bei niedrigeren Kosten führen. Im Gegenteil: Die Arbeitsbedingungen in den Häfen würden verschlechtert, Arbeitsplätze bedroht und die maritime Sicherheit gefährdet. In einem Antrag fordert die SPD die Bundesregierung daher auf, europäische Regelungen zu verhindern, die Arbeitsplätze in der Hafenwirtschaft gefährden, Arbeitnehmerrechte und Arbeitsbedingungen verschlechtern und Lohndumping ermöglichen. Nationale Hafearbeitsregeln dürfen nicht durch europäische Regelungen beeinträchtigt werden. Lotsendienste dürfen nicht ausschreibungspflichtig werden. Zudem sollen Lotsenorganisationen fortbestehen.

Maut-Konzept weiterentwickeln

Die Verkehrspolitik steht vor großen Herausforderungen. Dazu zählen Staus, Verkehrslärm, Straßeninfrastruktur, der Ausbau des Bundesfernstraßennetzes und die Umsetzung von Klimaschutzziele. Aufgrund des Mautmoratoriums und der Tatsache, dass die LKW-Maut nicht für vierspurige Bundesstraßen gilt, entgehen dem Bund Einnahmen in Millionenhöhe. Daher stellt sich die Frage, ob neue Instrumente nötig sind, um die Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren.

In einer Großen Anfrage fragen die Sozialdemokraten die Bundesregierung nach der Entwicklung der Mauteinnahmen. Sie verlangen Auskunft über den Sachstand bei der LKW-Maut für vier- und mehrspurige Bundesstraßen. Zudem wird die Leistungsfähigkeit des Mautsystems thematisiert. Und schließlich wollen sie in Erfahrung bringen, wie das Mautsystem weiter entwickelt werden soll.

AUSSEN

Gesamtstrategie für Pakistan entwerfen

Pakistan spielt eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung von Süd- und Zentralasien. Um seine komplexen Probleme zu lösen und seine regionale Verantwortung wahrnehmen zu können muss das Land international stärker eingebunden werden. Während Pakistan nahezu ausschließlich unter afghanistanpolitischen, früher kaschmirpolitischen, Gesichtspunkten wahrgenommen wird, schwelen ungelöste Konflikte mit Indien weiter, und die Frage des Umgangs mit dem pakistanischen Atomwaffenprogramm bleibt unbeantwortet. Gleichzeitig steht das Land innenpolitisch angesichts von unklaren Machtstrukturen, Governance-Defiziten, Terror, schwacher wirtschaftlicher und sozialer Infrastruktur und Naturkatastrophen vor dramatischen Herausforderungen.

In dem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen „Eine kohärente Gesamtstrategie für Pakistan - Für eine aktive Einbindungsdiplomatie, Stärkung der demokratischen Kräfte und eine verlässliche Entwicklungszusammenarbeit“ (Drs. 17/11033) fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, mit den EU-Mitgliedsstaaten eine Gesamtstrategie für Pakistan zu entwickeln. Die Außenpolitik der EU muss Pakistan eine höhere Priorität einräumen und in politische Konfliktlösungen in der Region einbinden. Die demokratischen Kräfte in Parlament, Regierung und Justiz sind zu stärken.

Auch die Zivilgesellschaft muss unterstützt werden. Vor allem Minderheiten, Frauen sowie Journalistinnen und Journalisten und Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger sind zu unterstützen. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit müssen erhöht werden. Damit sollen insbesondere dezentrale Governance-Strukturen sowie das Bildungs- und Gesundheitssystem gefördert werden. Die Regierung soll bei Pakistan und Indien mit Nachdruck für einen Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag (NVV) werben und von den USA den Respekt der pakistanischen Souveränität, ein Ende der völkerrechtswidrigen Drohnenangriffe und nächtlichen Überfälle im Rahmen von ‚capture or kill‘-Aktionen fordern und militärische Drohungen gegenüber Pakistan kritisieren.

VERANSTALTUNG

Kommunalpolitische Konferenz: Demografischen Wandel gemeinsam gestalten

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zu einer weiteren kommunalpolitischen Konferenz unter dem Titel „Kommunen und Regionen im Demografischen Wandel – das Miteinander gestalten: Welche Regionalplanung und Infrastrukturpolitik sichert gutes Leben in Zukunft?“ eingeladen. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus kommunalen Verwaltungen oder Landkreisen sind dazu nach Berlin gekommen.

In ihrer Begrüßung machte Sabine Bätzing-Lichtenthäler, die gemeinsam mit Franz Müntefering die Projektgruppe Generationenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion leitet, deutlich, dass es der Fraktion darum gehe, den demografischen Wandel als ein Miteinander der Generationen in einer Gesellschaft, in der es sozial gerecht zugeht, zu gestalten. Die Bundesregierung habe den demografischen Wandel nicht mehr im Blick. Der demografische Wandel setze voraus, dass ressortübergreifend zusammengearbeitet werde und vor allem auch zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

„Die Kommunen spüren den demografischen Wandel zuerst. Sie müssen handeln und ihn managen“, sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier in seinem Statement. Programme des Bundes, die einen wichtigen Beitrag zur sozialen Entwicklung von Städten und Gemeinden beigetragen hätten, habe der zuständige Bundesminister Ramsauer zusammengestrichen. Und das offensichtlich ohne zu wissen, was er damit anrichtet fügte Steinmeier hinzu.

Die Kommunen vor allem in strukturschwachen Regionen seien allein nicht in der Lage, die besonderen Herausforderungen durch den demografischen Wandel anzupacken. Die Aufgaben müssten vielmehr durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Kommunen innerhalb einer Region gelöst werden. Außerdem müssten die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen und Regionen durch Bund und Länder kontinuierlich sichergestellt werden, berichtete Matthias Bernt vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner (Brandenburg).

Politik muss richtige Rahmenbedingungen setzen

Zudem sei der demografische Wandel eine Chance und kein Horrorszenario. Die Politik müsse dafür die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Die Menschen vor Ort müssten zusammengebracht und vernetzt werden. Ein gutes Zusammenspiel der professionellen mit der ehrenamtlichen Ebene sei hierfür essentiell. Dabei dürfe allerdings das bürgerschaftliche Engagement nie ein Ersatz für staatliches Handeln sein, sondern lediglich eine Ergänzung. Mit Bund und Ländern müsse ein Dialog über Pflichten und freiwillige Aufgaben geführt werden. Dabei sei die Föderalismusreform in der vergangenen Legislaturperiode nicht hilfreich gewesen. Jetzt die Abschaffung des Finanzausgleichs zu diskutieren, sei falsch. Wenn den Kommunen nicht geholfen werde, dann würde dies zu mehr Wegzügen in schrumpfenden Regionen führen. Wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze seien entscheidend für die kommunale Entwicklung. Jeder Landkreis brauche seinen Wachstumskern, gab Tim Kähler, Erster Beigeordneter der Stadt Bielefeld und Sozialdezernent, zu bedenken.

Durch den Wegzug entstehe Leerstand von Gebäuden. Dazu komme, dass sich technische Infrastruktur nur sehr schwer an schrumpfende Bevölkerungszahlen anpassen lasse. Politik könne den demografischen Wandel nicht aufhalten, aber auffangen. Der neoliberale und ruinöse Wettbewerb der Regionen habe zum Absturz von Regionen geführt. Sie bräuchten vielmehr eine solidarische Raumordnungsstrategie. So könnten gerade die Bildungs- und Gesundheitspolitik sowie die Wohnungs- und Siedlungspolitik regional abgestimmt werden. Gleiches treffe auf die Planung Verkehrspolitik zu, die die Mobilität der älter werdenden

Bevölkerung durch den ÖPNV aufrecht erhalten müsse. In der Energiepolitik ergebe sich für die Kommunen durch die Erneuerbaren Energien die Chance für eine autarke Energieversorgung, erläuterte Bernhard Reuter, Landrat Landkreis Göttingen.

Wohnen muss bezahlbar bleiben

In Bezug auf den Wohnungsbau stünden die Kommunen heute vor den Aufgaben des Zubaus, Umbaus und Rückbaus, je nachdem ob es sich um eine wachsende oder schrumpfende Region Kommune oder Region handele. Die Mittel der Städtebauförderung des Bundes, die die schwarz-gelbe Regierung massiv gekürzt hat, kommen nicht nur den Großstädten, sondern auch den kleinen und mittleren Städten zugute.

Es gehe darum, auch in Zukunft trotz steigender Anforderungen durch die energetische Sanierung und den altersgerechten Wohnungsumbau dafür zu sorgen, dass Wohnen bezahlbar bleibe. Deshalb solle die energetische Sanierung künftig auch in der Städtebauförderung Berücksichtigung finden, forderte Christian Lieberknecht vom Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW).

Kommunale Ver- und Entsorger müssen Rück- und Aufbau schultern

Auch die kommunalen Ver- und Entsorgungsunternehmen stünden bei der Energie- und Wasserversorgung sowie bei der Wasser- und Abfallentsorgung vor großen Veränderungen vor allem in den ländlichen Regionen im Osten Deutschlands. Dort sei in den 1990er Jahren bei der damaligen Annahme von Bevölkerungswachstum die Wasserver- und -entsorgung ausgebaut worden. Heute müssten dort die Betriebe durch den Wegzug von Industrie und privaten Haushalten die Rohre spülen, damit eine gesunde Wasserversorgung bei geringerem Verbrauch gewährleistet werden kann. Außerdem müsse Infrastruktur in der Wärmeversorgung, wofür Mittel durch den Stadtumbau-Ost zur Verfügung gestellt würden, zurückgebaut werden. Durch die Energiewende kämen weitere Aufgaben auf die kommunalen Versorger zu: Durch die dezentrale Energieerzeugung müsste eine neue Leitungsinfrastruktur entstehen. Das bedeute, dass auf viele Kommunen in Ostdeutschland Kosten für den Rück- und Aufbau zukämen. Auch hier gehe es darum, durch Kooperationen Synergien zu erschließen, um die Kosten in einem maßvollen Rahmen zu halten. So stellte Michael Wübbels vom Verband kommunaler Unternehmen die Situation der kommunalen Ver- und Entsorgungsunternehmen dar.

Die „Soziale Stadt“ zum Leitprogramm in der Städtebauförderung machen

Die SPD-Fraktion halte am Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in unserem Land fest. Investitionen in Infrastruktur müssten nicht nur in „Gewinnerregionen“ geleistet werden, sondern auch in schrumpfenden Regionen. Dies gelänge nur durch mehr interkommunale Kooperation. Manches müsse, um das Gesamtangebot erhalten zu können, dezentralisiert werden. So gebe es im Bereich des ÖPNV durch Anruf- und Sammeltaxis bereits flexible Lösungen in ländlichen Gebieten. Der Bund sei in der Pflicht, die Aufwendungen für die öffentliche Daseinsvorsorge durch die Herstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen. Die schwarz-gelben Kürzungen im Bereich der Städtebauförderung und vor allem beim Programm „Soziale Stadt“ seien ideologisch motiviert. Vor allem die Streichung der nicht investiven sozialen Maßnahmen, hätte dem innovativen, ressortübergreifenden Ansatz geschadet. Deshalb wolle die SPD-Bundestagsfraktion die Mittel für das Programm auf 150 Millionen Euro erhöhen und es zum Leitprogramm in der Städtebauförderung machen. Resultat der schwarz-gelben Politik sei, dass die Mittel der Städtebauförderung nicht abgerufen würden, weil es ein rauf und runter in der Förderung gebe. Ebenso wolle die SPD die Mittel für altersgerechtes Wohnen aufstocken. Insgesamt strebe die SPD an, dass wieder 700 Millionen in die Städtebauförderung fließen. Der Bund dürfe die Kommunen nicht mit großen Infrastrukturprojekten allein lassen, forderte Sören Bartol, Verantwortlicher für das Projekt Infrastrukturkonsens der SPD-Fraktion.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>